



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nordschleswig und die Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Unsere Zeit“ neue Folge, Jahrgang III, Heft 2 wird Seite 99 erzählt, in Hessen-Darmstadt werde die Medaille für Kunst und Wissenschaft vorzugsweise an Schauspieler, Sänger und Musiker vergeben. Die nassauische Regierung hat sich vor einer solchen Einseitigkeit zu bewahren gewußt. Sie hat gedacht: das Eine thun und das Andere nicht lassen, hat Musiker und Mimen bedacht, aber ohne die Wasser- und Gartenkünstler darob zu vergessen; und nur jemand, der hinter der modernen Entwicklung, wie sie sich in gewissen, mit einer eigenthümlichen Sorgfalt regierten Kleinstaaten herausgebildet, weit zurückgeblieben ist, wird zu läugnen wagen, daß hier die Kaltwasseranstalt und der Kunstgarten, erstere unter den Wissenschaften, letztere unter den Künsten, die wichtigste Stelle einnehmen. Wenigstens können wir durch das nassauische Staatshandbuch den Beweis dafür liefern. Und wo ist ein zweiter Staat, der ein solches von sich behaupten könnte?

Nordschleswig und die Wahlen.

Die Wahl vom 12. Februar hat herausgestellt, daß die Zahl der Dänischgesinnten in Nordschleswig nicht 200,000 ist, wie in Kopenhagen gewöhnlich gesagt wird, sondern nur etwa 150,000. Ihre Minderheit im westschleswigschen Wahlkreise (Tondern-Husum) war noch nicht so groß wie die deutsche Minderheit im nordschleswigschen Wahlkreis (Apenrade-Hadersleben), und ihre Mehrheit im mittelschleswigschen Wahlkreise (Flensburg, Angeln, Sundewitt, Insel Als) der deutschen Minderheit nur um wenige hundert Stimmen überlegen. Wenn man ihnen also anderthalb Wahlkreise zuschreibt, thut man genug; und anderthalb Wahlkreise sind in runder Summe 150,000 Seelen. Diese aber wohnen nur im nördlichsten Wahlkreis so dicht, daß die Zahl der eingemischten Deutschen ein Fünftel der gesammten Bevölkerung nicht übersteigt. Um Flensburg herum nähert sich das Verhältniß der beiden Nationalitäten zu einander immer mehr der numerischen Gleichheit. Die Dänen selbst fürchteten, daß ihr dortiger Reichstagscandidat unterliegen werde, und es ist auch wohl sehr die Frage, ob es nicht geschehen wäre, wenn die Deutschen sich nicht durch ihre unselige Zersplitterung in „Schleswigholsteiner“ und „Preußen“ moralisch geschwächt hätten.

Vor der Wahlschlacht wußten die kopenhagener Blätter vielerlei Märchenhaftes zu erzählen über die Anstrengungen, welche deutscher Seite gemacht wurden, um keinen dänischgesinnten Mann im norddeutschen Reichstage Sitz und Stimme erlangen zu lassen. Indessen war dies doch wohl nur bereitgehaltenes Pflaster für die Wunde, welche Wahlniederlagen dem nationalen Selbstgefühl geschlagen haben würden. Nach dem glücklich errungenen Doppelsitz können sie ja ohne Schaden solche Behauptungen fallen lassen, wie z. B. die handgreiflich und unverschämt falsche, daß der deutsche Nationalverein „mit charakteristischer Frechheit“ dem Wahlausschuß in Hadersleben eine bedeutende Geldsumme geschickt habe, um Wahlstimmen zu kaufen, und daß der Preis solcher Stimmen 1 bis 5 Thaler preussisch gewesen sei, worüber die herumziehenden Agenten förmlich Buch geführt hätten. Auch die liebenswürdige Annahme, daß die deutschen Wahlvorstände das Ergebnis der Stimmzählungen zu Gunsten ihres Candidaten fälschen würden, wird nach dem Ausgang nun ja wohl von ihren Urhebern selbst verläugnet werden. Doch müßte man diese Pappenheimer schlecht kennen, wenn man sich deshalb der Hoffnung hingeben wollte, sie würden in Zukunft vorsichtiger sein in der bösen Nachrede, die sie uns Deutschen einzeln oder insgesammt zu machen gedenken.

Der Ausfall der Reichstagswahl wird ihnen für einige Wochen neuen Stoff geben, um auf dänisch, schwedisch und französisch die Nothwendigkeit zu predigen, daß der fünfte Artikel des prager Friedens bald ausgeführt werde. Die Vollziehung des Einverleibungsgesetzes, ohne daß die Abstimmung in Nordschleswig vorausgegangen oder auch nur ein ausdrücklicher Vorbehalt zu ihren Gunsten gemacht worden wäre, hatte sehr niederschlagend gewirkt, in Kopenhagen vielleicht noch mehr als inmitten der zerstreuten Bevölkerung des dänischen Theils von Schleswig. Allerhand düstere Gerüchte schwirrten damals durch die Luft. Bald entnahm man einer Ausföhrung in deutschen Zeitungen über die strategische Wichtigkeit der nordschleswigschen Eisenbahn, daß Preußen höchstens ein kleines Stück im Nordwesten, 20 Geviertmeilen mit 40.000 Einwohnern, abzutreten gewillt sei, aber keineswegs auch die Städte Apenrade und Hadersleben sammt der Ostküste. Bestände dieser Vorsatz in Berlin, so würde er durch das Wahlergebniß allerdings neue Nahrung gewonnen haben, indem dieses in den Städten Hadersleben und Apenrade nur eine geringe dänischgesinnte Mehrheit herausgestellt hat. Bald wollte man wissen, Graf Bismarck werde an die Abtretung eines größeren oder geringeren Stückes von Schleswig zwei Bedingungen knüpfen: bloße Personalunion dieses Gebietstheils mit Dänemark und Eintritt des Königs von Dänemark für diesen Gebietstheil in den norddeutschen Bund. Denselben Plan, wurde hinzugefügt, habe er durch Luxemburg mit dem Königreich der Niederlande vor. Ein grausamer Scherz! Oder

sollte etwa Herr v. Scheel-Plessen dem preussischen Staatsmann diese Wieder-
aufwärmung seiner alten Lieblingsidee inspirirt haben?

Dänen und Holländer mögen sich beruhigen. Sollte das Gespenst, welches sie ängstigt, jemals Fleisch und Blut annehmen, so werden sie in der liberalen Nationalpartei Deutschlands einen kräftigen und resoluten Bundesgenossen finden. Wir haben von dem Elend der Mischstaaten genug erlebt und genug noch fortwährend vor Augen, um gegen jede derartige Versuchung unseres nationalen Ehrgeizes gefeit zu sein. Wohl rechnen wir darauf, daß sich eines Tags die Bande natürlicher Freundschaft mit stammverwandten Nachbarnationen wiederanknüpfen werden; aber sie durch Gewalt und List an uns heran, in unsern eigenen Bund hereinzuziehen, der mit der Zeit zu einem geschlossenen Einheitsstaat ausreifen soll, das kann uns nicht im Traume einfallen. Eine solche naturwidrige Ausdehnung der Einheitsidee trauen wir auch dem gesunden Verstande des leitenden Staatsmannes nicht zu, und hätte er sie sich einreden lassen, so würde der Widerstand der Patrioten ihn voraussichtlich bald wieder davon abbringen.

Während die Dänen so noch immer fürchten in ein neues Abhängigkeitsverhältniß zu Deutschland zu gerathen, entwickelt umgekehrt Schweden ihrer skandinavischen Ungeduld und Sehnsucht nicht genug Anziehungskraft. Die stimmführenden nationalen Organe der dänischen Hauptstadt, Fädrelandet und Dagbladet, sind über den Sinn der letzter Frieden athmenden und jeden kriegerischen Ehrgeiz läugnenden schwedischen Thronrede verschiedener Meinung. Dagbladet nimmt an, in derselben habe König Karl der Fünfzehnte dem Scandinavismus förmlich abgesagt. Fädrelandet bezieht die etwas dunkeln Phrasen der Rede vielleicht richtiger auf die Theilnahme an der Schlichtung der großen europäischen Tagesfragen, der deutschen, der orientalischen u. s. f., aber auch ihm kommt es doch sehr verdächtig vor, daß der König den Satz seines Großvaters von den „natürlichen Grenzen“ Scandinaviens aufgewärmt hat. Innerhalb der „natürlichen Grenzen“ würden kaum Seeland und Fühnen liegen, gewiß nicht Jütland oder gar das Gebiet südlich der Königsau. Die dänischen Scandinavisten sehen es denn auch gar nicht gern, daß Schweden so viel nationalen Verkehr mit Finnland pflegt. Sie besorgen ernstlich, daß der schwedische Ehrgeiz, wenn er einmal wieder erwacht, eher nach der Wiedererwerbung des der schwedischen Cultur so zugänglichen Finnland als nach derjenigen des von Kopenhagen aus civilisirten dänischen Schleswig trachten, sich lieber mit Preußen und Frankreich gegen Rußland oder mit Frankreich allein gegen Preußen und Rußland verbünden möchte, wobei dann natürlich eine Zurückziehung der preussischen Grenzen außer aller Frage stände. Diese schwere und begründete Sorge, welcher Orla Lehmann noch vor kurzem öffentlich Ausdruck gegeben hat,

veranlaßt die dänischen Scandinavisten neuerdings sich mit einer gewissen Orientation den schwedischen Bestrebungen nach einer zeitgemäßen Reform der schwedisch-norwegischen Unionsacte zu widersetzen. Eine Schrift des Staatsanwalts Dunker in Christiania, welche die Unzulässigkeit stärkerer politischer Verschmelzung Norwegens mit Schweden, und namentlich einer gemeinschaftlichen Volksvertretung nachzuweisen unternimmt, ist in Kopenhagen wie ein Evangelium aufgenommen, der Verfasser auf alle mögliche Art dafür gefeiert worden.

Die Schweden betreiben diese innigere Verschmelzung der beiden Nachbarreiche, wie man weiß, hauptsächlich im Hinblick auf die Ermöglichung einer verstärkten auswärtigen Action. Gegenwärtig hat der König nicht einmal unbedingte Verfügung über die norwegischen Streitkräfte, deren Zahl, Uebung und Bewaffnung überdies gänzlich von den Bewilligungen der Stortings abhängt. Wie kann Schweden sich unter solchen Umständen auf gefahrvolle politische Wagnisse einlassen? Es scheint widersinnig, daß die dänischen Patrioten, welche doch alles Heil von Schwedens diplomatisch-militärischer Initiative erwarten, und daß norwegische Staatsmänner wie Dunker, der 1864 sowohl wie 1848 Dänemark gegen Deutschland unterstützt wissen wollte, sich diesem Reformbestreben des Königs Karl und seines Ministerpräsidenten widersetzen. Aber die Norweger schrecken vor dem materiellen und moralischen Uebergewicht Schwedens zurück, das sich in einer engeren Vereinigung noch drückender als bisher schon fühlbar machen könnte; und die Dänen geben sich dazu her, diesen Particularismus skandinavistisch aufzufärben, weil sie dadurch die Energie der schwedischen Staatsmänner in ihre Kanäle zu leiten hoffen. Gelänge eine durchgreifende Verbesserung der schwedisch-norwegischen Unionsacte, so möchte Schweden, gegen Dänemark gleichgiltiger, Nordschleswig seinem Schicksal überlassend, alle Sinne auf Finnland lenken. Erkennt Schweden dagegen, daß Norwegens Opposition unüberwindlich ist, so lange sich keine Aussicht zeigt, das straffere Verfassungsband um alle drei nordischen Reiche zu schlingen, so muß es sein Augenmerk entschlossener als bisher auf die Hereinziehung Dänemarks in den Bund des Nordens richten und mag dann auch wohl mehr Appetit für die nordschleswigsche Frage bekommen, als es bis heute verrathen hat.

So der Calcul Orla Lehmanns, Plougs und der anderen dänischen Scandinavianisten. Er giebt dem Gedanken Recht, den wir in diesen Blättern schon früher ausgesprochen haben: daß in einem Eingehen auf Schwedens politische Hintergedanken das Mittel läge, die nordschleswigsche Frage ohne die widerwärtige Procedur einer Abstimmung und Zerreißung des Landes zu schlichten, vorausgesetzt natürlich, daß man sich in Berlin nicht für ewige Zeiten an den innerlich feindseligen und chicanösen russischen Nachbar gefesselt glaubt.